

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
Erich Müllinghaus, Berlin.  
Telefon: Amt Dänisch 4195-4196



**Verlag für Druck und Schriftleitung:**  
Berlin OS 61, Zelle-Wilhelms-Platz 6  
Druckverlag: Copation

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung erlaubt. Abdruck kostet 4 Bogen  
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist. Abdruckkosten für beide Seiten 4 Bogen.

Berlin, den 17. Mai 1930

Christen und Arbeitslosenfrage.

Anerkennung der sozialdemokratischen Kritik

Int. Institut  
Soz. Geschichte  
Amsterdam

SPD. Die scharfe Kritik der sozialdemokratischen Presse an dem Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt zur Lösung des Arbeitslosenproblems geht im Zentrum auf die Nerven. Seine Blätter nennen die sozialdemokratische Kritik: "Demagogie", geben jedoch im gleichen Atemzug zu, dass die sozialdemokratische Kritik berechtigt ist. Man sieht das Unrecht, das an den Arbeitslosen verübt werden soll, hat aber nicht den Mut zur Konsequenz; denn würde der Einsicht die Einkehr folgen, dann wäre es aus mit der Regierung Brüning.

Der Hauptangriffspunkt der sozialdemokratischen Kritik ist der Unterstützungsabbau bei den Arbeitslosen, die keine 52 Beitragswochen Anwartschaft aufzuweisen haben. Dass dieser Unterstützungsabbau eine Ungerechtigkeit darstellt, wird in dem den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienst ganz offen zugegeben. Es heisst da:

"Die Erhebung, die von der Reichsanstalt veranstaltet wurde, hat gezeigt, dass für den Durchschnitt der Hauptunterstützungsempfänger, sobald sie einmal längere Zeit arbeitslos waren, es nur sehr schwer möglich ist, wiederum ein volles Jahr in Arbeit zu stehen, um über die notwendige Anwartschaftszeit hinaus die - entsprechend dem Vorschlag der Reichsanstalt - jetzt notwendige Anwartschaft auf volle Unterstützung zu erlangen. Eine Ausführung der vorgeschlagenen Regelung würde nicht nur die Saisonarbeiter treffen, sondern vor allem die älteren Arbeiter und Angestellten. Diese Arbeitnehmerschichten befinden sich in den oberen Klassen der Arbeitslosenversicherung. Sie haben oft jahrelang Beiträge geleistet, ohne die Arbeitslosenversicherung irgendwie in Anspruch zu nehmen, sie sind jedoch, sobald sie einmal aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind, von einer immer wiederkehrenden Arbeitslosigkeit verfolgt."

Auch der "Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, rückt von dem Vorschlag auf Kürzung der Unterstützung der Arbeitslosen ohne 52 Beitragswochen deutlich ab, obwohl dieser Vorschlag im Vorstand der Reichsanstalt mit den Stimmen der Christen angenommen wurde. Das Blatt schreibt: "Für bedauerlich halten auch wir den Reformvorschlag des Vorstandes, der die Unterstützungssätze auf die Sätze der Krisenfürsorge senkt, wenn die Anwartschaft 52 Wochen nicht überschreitet." Von den übrigen Punkten des Leistungsabbaus versucht der "Deutsche" ebenfalls soweit als möglich abzurücken. Er betont, die Einschränkung des Unterstützungsbezuges für Jugendliche sei gegen die Stimmen der christlichen Gewerkschaftsvertreter erfolgt, ebenso der Vorschlag, dass Arbeitslose über 65 Jahre keine Unterstützung, dafür ihre Beiträge bis zu 100 Mark zurückerstattet bekommen. Die Kürzung der Unterstützung bei "geringfügig Beschäftigten" und bei den mitverdienenden geringer entlohnten Ehegatten sucht das Organ der Christen mit dem Hinweis zu rechtfertigen, dass bei diesen Unterstütztengruppen zweifellos Unterstützungsmissbrauch vorkomme."

Wer aber die ungerechtfertigte Ausnutzung des Volkes durch die Arbeitgeber nicht wolle, müsse sich auch gegen die Ausnutzung der Arbeitnehmer durch Arbeitnehmer wenden. Der "Deutsche" erinnert mit dieser Stellungnahme unwillkürlich an jene Leute, die aus Angst, einem Schwindler zum Opfer zu fallen, gar keine Unterstützung geben. Im übrigen suchen sich die Zentrumschristen damit zu entlasten, dass sie das Gutachten mit der im vorigen Jahr unter dem Kabinettt Müller durchgeführten Reform der Arbeitslosenversicherung in Parallele stellen. Dieses Ablenkungsmanöver ändert aber nichts an der Tatsache, dass im vergangenen Jahr nur infolge des zähen Widerstandes der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie der Hauptangriff der Gegner der Arbeitslosenversicherung abgeschlagen werden konnte. Auch der "Deutsche" wird nicht leugnen wollen, dass schon damals mit Hilfe des Zentrumsantrags Teusch-Riesener der Abbau der Unterstützung der Arbeitslosen mit kurzfristiger Anwartschaft herbeigeführt werden sollte. Derselbe Antrag, der jetzt abermals das Kernstück des Leistungsabbaues werden soll, drang voriges Jahr nicht durch, weil die Sozialdemokraten ihn schroff ablehnten. Dass an der vorjährigen "Reform" so manches gerade den Sozialdemokraten und den freien Gewerkschaften gar nicht gefiel, ist kein Geheimnis. Wohl stellt die Abwehr des Leistungsabbaues, gemessen an dem, was die Gegner forderten, einen gewissen Erfolg der Sozialdemokratie dar, allein ihr "Bedarf" an Reform ist gedeckt. Der "Deutsche" vergisst, dass schliesslich, eben weil bereits im Vorjahr verschiedene Verschlechterungen der Arbeitslosenunterstützung erfolgten, neue Verschlechterungen sich umso härter auswirken müssen. Ein neuer Unterstützungsabbau bedeutet für Hunderttausende nach langer Arbeitslosigkeit und tiefer Verschuldung eine unerträgliche Zumutung.

Auch im Zentrum regt sich die Erkenntnis, dass das Mass jetzt bald voll ist. Die Zentrumspresse sagt, es gäre und schwele unter der Decke; man dürfe die psychologischen Wirkungen der Arbeitslosigkeit nicht übersehen. Die Arbeitslosen müssten allmählich in eine verzweifelte Stimmung geraten, weil sie sehen, dass all ihr persönliches Mühen umsonst und in weiten Kreisen des Volkes noch nicht einmal Verständnis für ihre Not vorhanden sei. Die Arbeitslosen hätten recht, wenn sie verlangten, dass die Allgemeinheit mit dazu beitrage, die Not der Opfer der Wirtschaftsverhältnisse zu mildern. Es müsse unbedingt gelingen, die besitzenden Schichten ebenso wie die Kreise, die sich nicht um ihre Existenz sorgen müssen, für den Gedanken eines Notopfers zu erwärmen. Also auch hier kommt man im Zentrum, wenn man die Dinge zuende denkt, zur Anerkennung des Standpunktes der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften.

Aus der Tatsache, dass die einzelnen Teile des Gutachtens mit wechselnder Mehrheit beschlossen wurden, folgert man in der Zentrumspresse, dass der Beschluss der Reichsanstalt in der vorliegenden Form nicht Gesetz werde. Die Arbeitgeberpresse dagegen betont umgekehrt, dass die wichtigsten und entscheidenden Beschlüsse mit den gleichen starken Mehrheiten gefasst worden seien, wobei nur drei Vertreter der freien Gewerkschaften der geschlossenen Gruppe der öffentlichen Körperschaften der Arbeitgeber sowie der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gegenüberstanden. Es sei daher gewiss damit zu rechnen, dass der Reichsarbeitsminister sich dem Votum der Selbstverwaltung anschliessen werde. Die Arbeiter und Angestellten müssen also mit voller Wucht den Kampf gegen den Leistungsabbau aufnehmen. Sie können sich nicht auf zweifelhafte Hoffnungen der Zentrumspresse verlassen. Umgekehrt: Der Arbeitsminister muss, wenn er der Kritik seiner eigenen Presse Rechnung tragen will, sich auf eine machtvolle aus dem Volk herauskommende Abwehrbewegung stützen können.

SPD. Schneidemühl, 17. Mai (Eig. Drahtb.)

Eine am Sonnabend in Schneidemühl abgehaltene Konferenz der vier Ost-Bezirke des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Schlesien, Pommern, Ostpreussen und Brandenburg-Grenzmark) nahm zu der Frage einer Hilfssektion für den deutschen Osten folgende Entschliessung an :

"Die am 17. Mai 1930 in Schneidemühl versammelten Gewerkschaftsvertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus den preussischen Ostprovinzen erwarten, dass die vom Reich und Preussen zur Linderung und Überwindung der Not im Osten vorgesehenen Mittel und Massnahmen nach einheitlichen, sachlich-wirtschaftlichen Gesichtspunkten richtig angesetzt und zweckentsprechend verwandt werden. Die erforderliche Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf die veränderten Bedürfnisse des Marktes, mit der das Gedeihen von Handel und Gewerbe untrennbar verbunden ist, muss allgemein in Fluss kommen und schnell durchgeführt werden. Die Not des deutschen Ostens ist in ihren gesamten Ursachen zu bekämpfen. Zollpolitische Massnahmen allein treffen diese Ursachen nicht. Übersteigerte Zölle verteuern die Lebenshaltung, schwächen die Kaufkraft, hemmen den wirtschaftlichen Fortschritt und erschweren Produktion und Absatz landwirtschaftlicher Waren. Der Landwirtschaft ist zu helfen durch Verbesserung der Betriebsmethoden, der Warenqualität, durch Förderung des Absatzes, Schaffung neuer Absatzwege und Verbesserung des Verkehrsnetzes. Die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind durch Aufbau landwirtschaftlichen Bildungswesens und zweckentsprechender Aufklärung auf diese ihre besondere Aufgabe einzustellen. Insbesondere muss die Gesamtbevölkerung durch eine vernünftige, auf Hebung der Kaufkraft hinzielende Lohnpolitik und durch verantwortungsvolle Mitarbeit in den Selbstverwaltungskörpern von der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Aufgaben und ihrer geschichtlichen Tragweite überzeugt werden. Mit der Subventionspolitik allein, die z.B. im Rahmen der Ostpreussenhilfe wirkliche Besserung vereitelte, muss gebrochen werden. Die Hilfsmassnahme muss nach ihrer ganzen Natur und Art eine Gesundung des gesamten Wirtschaftslebens zum Ziel haben. Die künstliche Aufrechterhaltung von Betrieben ist abzulehnen; landwirtschaftliche Betriebe, die in ihrer jetzigen Wirtschaftsform nicht zu halten sind, sind der bäuerlichen Siedlung einschliesslich Landarbeitersiedlung zuzuführen. Die geplante Umschuldung darf nur lebensfähige Betriebe erfassen. Die Durchführung der erforderlichen Massnahmen ist einer sachkundigen unparteiischen Stelle zu übertragen, zu der auch die deutsche Arbeiterschaft Vertrauen haben kann. Eine Überorganisation ist nur geeignet, Verluste zu bringen, das Hilfswerk zu erschweren und zu gefährden. Sie ist deshalb abzulehnen."

-----

SPD. Die Sonderumsatzsteuer der Grossladengeschäfte hat zu den von der Sozialdemokratie vorhergesagten wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt. Die leistungsfähigen Einzelhandelsunternehmungen, insbesondere die Warenhäuser haben den Versuch gemacht, diese steuerliche Mehrbelastung auf ihre Lieferanten abzuwälzen. Das ist ihnen in vielen Fällen gelungen. Die Folge ist, dass sich nun auch die Organisationen der Industrie mit dem Reichsverband der Industrie an der Spitze mit aller Entschiedenheit gegen die Grossladensteuer wenden, die der Präsident des Reichsverbandes der Industrie, Herr Dr. Kastl, vor wenigen Tagen als eine "steuerliche Ungeheuerlichkeit" bezeichnet hat. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft verlangen infolgedessen die Aufhebung der Sonderumsatzsteuer noch vor dem 1. Juli 1930.

Die sozialdemokratische Fraktion hat jetzt im Reichstag folgenden Antrag eingebracht :

"§ 12 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung des Art. VII, § 1, Nr. 3 des Gesetzes zur Änderung des Biersteuergesetzes vom 15. April

1930 (RGL. IS. 136) wird mit Wirkung vom 1. April 1930 ab aufgehoben."

Durch diesen Antrag soll die erhöhte Umsatzsteuer für alle Grossladengeschäfte, die der Reichstag Mitte April beschlossen hat, wieder rückgängig gemacht werden. Dieser Antrag läuft also auch auf die Beseitigung der Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften hinaus.

---

SPD. Paris, 17. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Reparationskommission und die Kriegslastkommission haben am Sonnabend in gemeinsamer Sitzung den Young-Plan und die Haager Vereinbarungen in Kraft gesetzt.

Im letzten Augenblick ergab sich noch eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und seinen Gläubigern. England trat plötzlich mit der Forderung hervor, dass die letzten 22 Annuitäten des Young-Planes, die nach der Abgeltung der eigentlichen Reparationslast zur Deckung der interalliierten Schulden dienen, in ihrer ganzen Höhe zu den "ungeschützten Zahlungen" gezahlt werden sollten. Das Ansinnen, das weder im Young-Plan noch in den Haager Verträgen irgendeine juristische Stütze finden konnte, wurde von den deutschen Vertretern abgelehnt. Infolgedessen konnte man sich auch über Text und Inhalt der von Deutschland der Internationalen Zahlungsbank in Basel zu übergebenden Schulden-Anerkennungsurkunde zunächst nicht einigen. Die Reparationskommission trat deshalb zunächst allein zusammen und stellte fest, dass der Young-Plan nicht in Kraft treten könne, weil die deutsche Schulden-Anerkennungsurkunde fehle. Inzwischen aber spielte das Telephon zwischen Paris und Basel und man fand eine Kompromissformel, die die Schuldenanerkennung Deutschlands in genügend bindender Form ausspricht, dabei aber den Streit um die letzten 22 Annuitäten offen lässt. Am Sonnabend nachmittag um fünf Uhr konnte dann die feierliche gemeinsame Feststellung durch die Reparationskommission und die Kriegslastkommission erfolgen, dass nach Erfüllung aller Vorbedingungen der Young-Plan in Kraft getreten ist. Gleichzeitig wurden die letzten Dawes-Schuldverschreibungen A, B und C feierlich verbrannt.

---

SPD. München, 17. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Kommunistenführer im Bayerischen Landtag Fritz Dressel wurde zur Verbüssung einer 7monatlichen Gefängnisstrafe in die Gefangenenanstalt Landsberg eingeliefert. Seine Verurteilung erfolgte wegen Aufruhr und Landfriedensbruch, die er sich im vorigen Herbst an der Spitze einer Demonstration in München hat zuschulden kommen lassen.

---

SPD. Paris, 17. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Befehl zum Beginn der Räumungsoperationen im Rheinland, dessen Erlass die französische Regierung von der am Sonnabend abend erfolgten formellen Inkraftsetzung des Young-Planes abhängig gemacht hat, ist am Sonnabend-Abend um 6,30 Uhr von dem französischen Kriegsministerium an die zuständigen militärischen Stellen im besetzten Gebiet gegeben worden.

SPD. Köln, 17.Mai (Eig.Drahtb.)

Im rechtsrheinischen Bergwerkbau stehen grosse Stilllegungen bevor. Die Grube Weiss bei Bensberg, östlich von Köln, wird am 15.Juni endgültig stillgelegt. Davon werden etwa 400 Arbeiter betroffen. Auch die Grube Luederich hat einen Stilllegungsantrag eingereicht, von dem 700 - 800 Mann betroffen werden. Die Grube Fuesseberg bei Daaden im Westerwald wird Ende dieses Monats den Betrieb einstellen. Von dieser Massnahme werden nahezu 300 Arbeiter betroffen.

SPD. München, 17.Mai (Eig.Drahtb.)

Die letzte Demonstration der Hybriden-Weinbauern in Germersheim war am Sonnabend Gegenstand einer längeren Aussprache im Bayerischen Landtag, da die Kommunisten die völlige Amnestierung der mit Strafbefehlen bedachten Anpflanzer von Hybridenreben beantragt hatten. Strafen sind gegen mehrere 100 Bauern ausgesprochen worden. In der Mehrzahl wurden kleine Geldstrafen verhängt. Es sind jedoch auch einige Haftbefehle ausgesprochen worden.

Der Landwirtschaftsminister erklärte, dass nach seinen Informationen die Nachrichten über die Kundgebung in Germersheim ausserordentlich übertrieben worden seien. Zu Unruhen sei es nirgends gekommen; die Veranstaltung sei vielmehr in vollkommener Ruhe verlaufen. Das reichsgesetzliche Verbot der Anpflanzung der Amerika-Reben bestehe völlig zu Recht und sei eine absolute Notwendigkeit, wenn der deutsche Qualitätsweinbau nicht vernichtet werden solle. Infolgedessen sei die Bayerische Regierung nicht in der Lage, den Hybridenbauern irgendwelches Entgegenkommen zu zeigen. Der kommunistische Antrag wurde daraufhin einstimmig abgelehnt.

SPD. Bochum, 17.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Gute-Hoffnungs-Hütte in Oberhausen schränkt ihren Betrieb auf den Walzwerken in Oberhausen und Neu-Oberhausen ein und hat Antrag auf Entlassung von 418 Arbeitern gestellt. Die Zeche "Concordia" in Oberhausen kündigte 121 Bergleuten zum 31.Mai. Die August-Thyssen-Hütte in Hamborn hat inzwischen die am 3.Mai gekündigten 750 Arbeiter entlassen.

SPD. Solingen, 17.Mai (Eig.Drahtb.)

In Solingen sind mehrere Personen nach dem Genuss von gehacktem Pferdefleisch schwer erkrankt. Todesfälle waren bisher nicht zu verzeichnen.

SPD. Paris, 17.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Europa-Denkschrift des französischen Aussenministers Briand ist den Regierungen der europäischen Mächte am Sonnabend überreicht worden. Die Denkschrift besteht aus 10 Druckseiten und beginnt mit der Erinnerung daran, dass am 9.September 1929 die Vertreter von 27 europäischen Staaten, die dem Völkerbund angehören, in einer mit Frankreich einberufenen Konferenz vereinbart haben, ihren Regierungen die Frage einer Verständigung der europäischen Völker über die Einrichtung einer Art Bundesverhältnis zur Prüfung zu unterbreiten. Einstimmig sei von den Vertretern dieser 27 Staaten anerkannt worden, dass ein derartiger Plan anzustreben und notwendig sei. Gedacht habe man vor allem an eine Organisation, durch die die ständige Solidarität zwischen den europäischen Völkern begründet, die Möglichkeit einer unmittelbaren Verbindung geschaffen und die Prüfung, Erörterung und Regelung gemeinsamer Probleme vorbereitet

werde. Der Vorschlag, der den europäischen Völkern jetzt zur Prüfung vorgelegt werde, finde seine Rechtfertigung in dem Gefühl einer Gesamtverantwortlichkeit angesichts der Gefahr, die den europäischen Frieden wegen der wirtschaftlichen und politischen Unausgeglichenheit bedrohe.

An die Einleitung schliesst sich eine längere Zusammenfassung der Gesichtspunkte, die der Verfasser der Denkschrift zur Erörterung stellen will. Sie betreffen: "Notwendigkeit eines allgemeinen Abkommens zur Feststellung des Grundsatzes der moralischen Einheit, Notwendigkeit eines Mechanismus, welcher der europäischen Union die zur Ausführung seiner Aufgaben notwendigen Organe sichert, Notwendigkeit, im voraus die wesentlichen Richtlinien festzulegen, welche die allgemeinen Auffassungen des europäischen Komitees feststellen und es bei seiner Studienarbeit zur Aufstellung des Programmes einer europäischen Organisation leiten. Bestimmung des Gebietes der europäischen Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der verschiedenen Wirtschafts- und Verkehrssekte, der Finanzen, der Arbeitsfrage, der Hygiene, der geistigen Zusammenarbeit und der interparlamentarischen Beziehungen.

-----

SPD. Im Untersuchungsausschuss des Landtags zur Prüfung der Misswirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung erklärte der demokratische Stadtrat Katz-Berlin, dass die über ihn ausgestreuten Gerüchte "glatte Verleumdungen" darstellten bzw. auf "ganz gemeinem Klatsch" beruhten.

-----

SPD. Weimar, 17.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Koalitionsparteien des Thüringischen Landtags sind übereingekommen, anstelle des Nationalsozialisten Ortlepp den der Nationalsozialistischen Partei nahestehenden Oberregierungsrat a.D. Hellwig zum Polizeidirektor in Weimar zu ernennen. Hellwig war bis zum Umsturz Landrat in Gehren. Im Jahre 1924 wurde er von der Ordnungsbundregierung in das thüringische Innenministerium berufen.

-----

SPD. Paris, 17.Mai (Eig.Drahtb.)

Auf Anordnung des Postministers sind am Sonnabend 21 Beamte und 14 Beamtinnen, die an dem Poststreik beteiligt waren, ganz oder teilweise ihres Amtes entzogen worden. Ausserdem sollen zahlreiche Beamte disziplinarisch verfolgt werden.

-----

SPD. Paris, 17.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Pariser Polizei hat am Sonnabend nach beinahe einjähriger Verfolgung den kommunistischen Bürgermeister von Jrvy, Maranne, verhaftet. Maranne wird als Mitglied des Aufsichtsrats der kommunistischen Arbeiter- und Bauernbank nicht nur des Verstosses gegen das Körperschaftsgesetz, sondern auch des Komplotts gegen die Sicherheit des Staates beschuldigt. Trotzdem er seit einem Jahre seine Bürgermeisterei-Geschäfte ungestört fortsetzte, war es der Polizei nicht gelungen, ihn auch nur ein einziges Mal zu Gesicht zu bekommen. Er hatte die ganze Zeit über in Frauenkleidern amtiert. Am Sonnabend wurde er in einer Garage entdeckt, als er im Begriff stand auszufahren.

-----

SPD. Krakau, 17.Mai (Eig.Drahtb.)

Der internationale Bergarbeiterkongress hat seine Beratungen abgeschlossen. In der Schlussitzung wurde das internationale Kohlenproblem behandelt. DeLattre, der internationale Sekretär, schilderte die bisherigen Genfer Verhandlungen. In der Arbeitszeitfrage stosse der Konventionsentwurf des Internationalen Arbeitsamts auf die schärfste Opposition der Bergarbeiter. Die vorgeschlagenen Berechnungsmethoden machten jede Kontrolle der Bergarbeiter über die tatsächliche Arbeitszeit unmöglich. Dem Überstundenmissbrauch blieben Tür und Tor geöffnet und dadurch werde die internationale Konkurrenz, das Hauptübel, noch mehr verschärft. In der Aussprache wurde übereinstimmend hervorgehoben, dass die Bergarbeiter wohl ein internationales Abkommen wünschen, aber nur eines, das auch einen Fortschritt bringt.

In der zur Kohlenfrage angenommenen Entschliessung dankt der Kongress dem Genfer Arbeitsamt für seine Unterstützung der Bergarbeiterinternationale in ihrem Kampf um Lösung des Kohlenproblems. Der vom Arbeitsamt ausgearbeitete Konventionsentwurf wird jedoch, soweit die Arbeitszeitforderungen in Frage kommen, als unannehmbar bezeichnet. Der Kongress vertritt den Standpunkt, dass die Arbeitszeit lediglich für den Tag festgesetzt werde, wobei die Höchstzahl der Arbeitstage pro Woche 6 betragen solle. Die Arbeitszeit im Bergbau dürfe einschliesslich Ein- und Ausfahrt international nur 7 Stunden betragen. -

In das Exekutivkomitee werden als deutsche Vertreter Husemann, Winter und Berger gewählt.

(Schluss des politischen Teils, = Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Reichstags-Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 17. Mai (Eig. Ber.)

Der Reichstag beendete am Sonnabend die zweite Beratung des Justizhaushalts.

Sämtliche bürgerliche Redner wandten sich gegen die Kritik des sozialdemokratischen Abgeordneten Rosenfeld am Reichsgericht. Der volksparteiliche Abgeordnete Dingeldey meinte, eine parlamentarische Debatte mit Herrn Rosenfeld über Justizfragen, sei zwecklos, da es sich um weltanschauliche Gegensätze handele. Dingeldey meinte natürlich Klassengegensätze, denn Klassenvorurteile, auch wenn sie noch so unbewusst sind, bestimmen oft genug richterliche Entscheidungen, auch die Unmöglichkeit bei manchen Richtern, die Sprache des Denken und Fühlen der Arbeitermassen zu begreifen. Selbstverständlich forderte Herr Dingeldey eine allgemeine Amnestierung der Fememörder anlässlich der Rheinlandbefreiung. Die demokratische Abgeordnete Dr. Lüders setzte sich für ein Teilamnestie anlässlich der Räumung der besetzten Gebiete ein. Ihre Rede war im übrigen den Frauenforderungen auf Gleichberechtigung auch in der Rechtsprechung und im Zivilrecht, namentlich in Ehefragen, gewidmet. Der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Colosser forderte die Zulassung von Rechtsanwälten bei den Arbeitsgerichten. An der Rechtssprechung des Reichsgerichts hat er gar nichts auszusetzen. Herrn Colosser urteilt es höchstens in politischen Prozessen noch nicht scharf genug. Seine Losung ist: Wenn sich einer muckst, dann immer feste druff!

Der Reichsjustizminister Dr. Brädt machte Frau Lüders wenig Hoffnung auf baldige Reformen des ehelichen Güterrechts. Es seien erst einmal Rückfragen an die Länder ergangen. Was das bedeutet weiss man: jahrelange Verhandlungen und schliesslich Sabotage von Ländern wie Bayern und Thüringen. erfreulich war die Bejahung des Fortschreitens zur Reichseinheit durch den Justizminister. Damit hört die Freude aber auch schon auf, denn er machte nicht die geringste Andeutung, dass diese Reichsregierung nun auch etwas tun wolle, um die Entwicklung zur Reichseinheit zu fördern, wie es die Regierung Hermann Müller immer versucht hat. Der Zentrumsmann Dr. Schetter aus Köln meinte, seine Partei sei zwar eigentlich gegen eine Amnestie, aber anlässlich der Rheinlandbefreiung wolle sie doch ein Amnestiegesetz. Es müsse aber, auch in Bezug auf die Fememorde, auf die besetzten Gebiete begrenzt bleiben. Auch er wies die Kritik Rosenfelds am Reichsgericht als übertrieben zurück. Schliesslich sagte noch der kommunistische Abgeordnete Dr. Alexander, das Verhalten des Ministers in der Frage einer Amnestierung der Fememörder rechtfertige das Misstrauensvotum der Kommunisten. Herr Alexander ist übrigens ein recht gebildeter, zurückhaltender und ruhiger Kommunist. Man könnte glauben, ein guter demokratischer Bürger spricht, wenn er so sanft seinen Vortrag von der Reichstagstribüne hält. Als wilden Weltrevolutionär können wir uns den Mann gar nicht vorstellen. Auch scheint er uns die "Generallinie" nicht einzuhalten. Aber schliesslich muss wohl auch die kommunistische Fraktion neben all den Walzenrednern mindestens einen haben, der etwas mehr versteht, als eine parlamentarische Grammophonplatte darzustellen. Deshalb wird man wohl Herrn Alexander dulden. Was er gegen manche Hochverratsurteile des Reichsgerichts sagte, auch seine Kritik des Urteils gegen George Grosz fand Zustimmung auch bei der Sozialdemokratie.

Nächste Sitzung Montag. Tagesordnung: Reichswehrhaushalt.

---

# "Aus aller Welt"

"Politiker" der Grosstadt-Unterwelt.

Die Blutbilanz einer Berliner Nacht - Der Doppelmord in der Naugarderstrasse -  
Verbrecher an der Idee.

SPD. Noch immer spielen Revolver, Dole und Gummiknüppel in einem Teil des nächtlich Berlin eine Rolle. Von Zeit zu Zeit entwickeln sich aus unerheblichen Schlägereien wilde Kleinkriege, durch die ganze Strassenzüge gefährdet werden. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurden nicht weniger als drei Tote und 13 Verletzte gezählt.

Im Nordosten Berlins liegt die Naugarderstrasse. Eine dumpfe, armselige Wohngegend des Proletariats. Eng und schmal reiht sich Fenster an Fenster, aus kleinen, schmierigen Destillen leuchten trübe Lichter auf. Hier ist es immer unruhig gewesen, Stechereien sind beinahe an der Tages- oder besser gesagt, an der Nachtordnung. Die Häuserfronten zieren Werbeplakate der Nationalsozialisten und der Kommunisten, besonders die Nazis leisten sich im Anmalen von Hakenkreuzen Erkleckliches. Ganz in der Nähe findet eine nationalsozialistische Versammlung statt. Ein Göbbelsjünger lässt hier, von fanatischen Heilrufen einer sehr verwegenen Leibgarde, die sich rund um das Podium geschart hat, unterbrochen, hemmungslose Hetztiraden vom Stapel, die ihre Wirkung auf ein zum Teil sehr unmündiges Publikum nicht verfehlen. Nach einer stürmischen Diskussion, während der schon verschiedentlich Ohrfeigen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gewechselt werden, drängt alles auf die Strasse. "Nieder mit den faschistischen Mördern!" ruft ein kommunistischer Sprechchor, "Deutschland erwache, Juda verrecke!" brüllen die Hakenkreuzler wie besessen zurück. Schon scheint der kritische Moment vorüber. Die Menge hat sich verlaufen, die düsteren Strassen liegen wieder still und fast verlassen da. Da hört man plötzlich wilde Aufschreie in der Naugarderstrasse. Eine Anzahl Schüsse fallen. Die Rettungswache wird alarmiert. Ein Ueberfallwagen der Schupo rast heran. Schon ist es zu spät, zwei Menschen wälzen sich in ihrem Blut. Ein Trupp von etwa 30 Kommunisten gerät mit ebensoviel uniformierten Nationalsozialisten, die aus der Hetzversammlung kommen, ins Geschimpfe. Nachdem man sich zuerst mit Schmähen wie "Lumpen, Schufte, Schurken, Verbrecher" überschüttet hat, stürzt plötzlich ein Nationalsozialist auf den Führer der Kommunisten los und schlägt ihm mit der geballten Faust ins Gesicht. Im Augenblick ist eine fürchterliche Holzerei im Gange. Mit Schlagringen und Gummiknüppeln schlagen die Krakeeler wie besessen aufeinander los. Plötzlich zieht ein Nationalsozialist, der an dem Kampf gar nicht aktiv beteiligt ist, sondern etwas hinten steht, einen Browning und feuert seine ganze Kammer auf die Kommunisten ab. Ein 29jähriger Arbeiter stürzt sofort tot zusammen, ein 24jähriger, von drei Schüssen in Brust und Lunge getroffen, liegt sterbend auf dem Pflaster. Als die Polizei und entsetzte Bewohner herbeieilen, die zum Teil nur mit Hemd und Hose bekleidet aus ihren Betten heraus auf die Strasse gestürzt sind, sind die Verbrecher verschwunden. In der Naugarderstrasse ist von dem nächtlichen Kampf nichts zurückgeblieben als jener 29jährige, der mit zerrissener Schläfe tot auf den Steinen liegt und der 24jährige Mensch, den drei Schüsse tödlich verletzt haben. Der 24jährige stöhnt noch etwas, aus seinen weit aufgerissenen Augen spricht eine unbeschreibliche Angst, blutiger Schaum hängt in Flocken an seinem Munde, die

Lippen formen unhörbare, unverständliche Worte...

Einige Minuten später kommt der Wagen der Rettungswache, die beiden Männer werden aufgeladen, das Auto mit der traurigen Last fährt ab. In der Naugarderstrasse bleibt nichts zurück, als ein schmales Blutgerinsel.

+

Es ist nachts gegen 1 Uhr. Der 35jährige Arbeiter Walter Heinburger befindet sich auf dem Nachhauseweg in seine in der Sedanstrasse in Schöneberg liegende Wohnung. Heinburger hat weder einen Zusammenstoss gehabt noch irgendwen belästigt. Friedlich und ahnungslos geht er seines Weges. Als er die Hauptstrasse entlang kommt, lösen sich plötzlich von der dunklen Hausfront aus einer Gruppe von vielleicht sechs Personen drei Mann, gehen, wie unbeabsichtigt, auf Heinburger zu, überfallen ihn plötzlich und stechen erbarmungslos mit Messern auf den Unglücklichen ein. Heinburger schreit gellend um Hilfe, aber es ist schon zu spät. Ein mit beispielloser Brutalität geführter Stich in die Herzgegend führt sogleich den Tod des Arbeiters herbei. Zwei Passanten, die des Weges kommen, und die Schreie des gemeuchelten Opfers hören, stürzen herzu und finden nichts mehr als den erstochenen Mann, der mit dem Kopf nach unten im Strassengraben liegt. Kurz darauf trifft die Polizei ein und kann einen der mutmasslichen Täter festnehmen. Es handelt sich um Nationalsozialisten, die irgendeinen Gegner abschlachten wollten und nun einen Falschen zur Strecke gebracht haben. Eine knappe halbe Stunde vorher hatten dieselben Leute versucht einen in ihre Hände geratenen politischen Gegner - ein Jugendlicher im Alter von vielleicht 18 Jahren - vor einen heranrollenden Autobus zu werfen. Der schändliche Versuch misslang. Hat dies gemeingefährliche Treiben verrohter Burschen noch etwas mit Politik zu tun?

+

Ost und West, Nord und Süd - überall wird polemisiert.

Am Görlitzer Bahnhof haben sich bei einer Hitler-versammlung Diskussionsgruppen gebildet. Merkwürdige Gestalten sind es, die hier eifrig aufeinander einsprechend zusammen stehen. Viel noch kindhaft Jugendliche, bunt vermischt mit recht eindeutigen Physiognomien, - auch die Zuhälter am Görlitzer Bahnhof treiben Politik. Die Exkrementalsprache, in der sich die entbrannten Gegner gegenseitig beschimpfen, lässt sich gar nicht beschreiben.

Ein anderes Eldorado für die beiderseitigen Prügelgarden: die Brandenburgischestrasse in Wilmersdorf. Hier ist alle fünf Minuten etwas los. In den Haustüren stehen dunkle Gestalten, die nur auf das Signal zum Eingreifen zu warten scheinen. Da, ein jäher Pfiff, aus Wirtschaften und Haustüren strömen sie zusammen und bearbeiten sich in einer Art Rausch solange mit Fäusten und Gummiknüppeln, bis Polizei im Laufschrift herannaht, worauf die politische Unterwelt schnell und panikartig auseinanderstiebt. Ist die Schupo fort, so beginnt das "politische" Spiel von neuem.

So toben die "Revolutionäre" von Hakenkreuz und Sowjetstern durch das nächtliche Berlin...

K-

+ + +

Manasse Friedländer geisteskrank. Das Landgericht III in Berlin hat den Haftbefehl gegen Manasse Friedländer wegen Haftunfähigkeit aufgehoben. Manasse Friedländer ist seinerzeit wegen Tötung seines Bruders Waldemar und dessen Freund Tibor Földes zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden. Im Revisionsverfahren beschloss das Reichsgericht die Untersuchung Friedländers in einer Irrenanstalt. Das nunmehr von der Irrenanstalt Herzberge bei Berlin abgegebene Gutachten bewertet Friedländer als Geisteskranken, der wegen Gemeingefährlichkeit in Herzberge bleiben muss.

+ + +

Die Telefonistin als Wettschwindlerin. In Berlin ist ein grosser Wettschwindel dadurch aufgedeckt worden, dass der Gehilfe einer Berliner Buchmacherfiliale vor einigen Tagen Verdacht schöpfte, als ein Kunde eine Wette auf ein Pariser Rennen bereits geraume Zeit nach dem Start der Pferde abschloss. Wenige Minuten nach der Tätigung der Wette wurde der Buchmacherstelle das Ergebnis des Rennens telefonisch gemeldet - das Pferd, auf das gesetzt worden war, war als erstes durchs Ziel gegangen. Die Nachforschungen des Buchmachers führten zu der Feststellung, dass sein "Kunde" in einem benachbarten Zigarrengeschaft vor Abschluss der Wette ein verdächtiges Telefongespräch mit einer Wettzentrale geführt hatte. Schliesslich kam es ans Tageslicht, dass der Schwindler in Wirklichkeit mit der Telefonistin des Sportverlages gesprochen hatte, die aus den ihrem Hause vorliegenden Funknachrichten das Siegerpferd etwas eher kannte als die einzelnen Buchmacherfilialen. "Tip" und Zeitunterschied nutzte dann der "Kunde" zum Abschluss von "Wetten" aus, durch die er natürlich Riesenbetrage gewann.

+ + +  
Ein Tranrekord. Das norwegische 22 500 Tonnen-Schiff "Kosmos", der grösste Walfischfahrer der Welt, löschte nach einer Reise ins Sudpolargebiet in Vlaardingen/Maass 116 000 Fässer Tran im Gewicht von 19 333 Tonnen; der Wert der Ladung betrug sechs Millionen Gulden.

+ + +  
Eine "süsse" Schwindelei. Die Warschauer Polizei verhaftete eine Bande von 20 Personen, die sich darauf spezialisiert hatte, Kristallsacharin von Deutschland nach Polen zu schmuggeln. Dieses Sacharin wurde vier geheimen Sacharinfabriken zugeführt, die ihre durch giftige Substanzen verfälschten Produkte nach den polnischen Ostprovinzen und nach Sowjetrussland verkauften. Nach oberflächlichen Berechnungen sind in den Fabriken im Laufe der zwei letzten Jahre weit über 500 000 Kilogramm Sacharin hergestellt worden. Der polnische Staat wurde durch diese Geheimindustrie um Millionen geschädigt.

+ + +  
Weltreise zwecks - Hundepropaganda. Dieser Tage begann in Amsterdam eine Weltreise von zwei Damen, drei Herren und - zwei Schäferhunden. Die Reise, die in zwei Studebaker-Autos von je 40 PS zurückgelegt werden soll, und deren Dauer auf zehn Jahre berechnet ist, soll u. a. durch Frankreich, Spanien, Italien, den Balkan und quer durch Afrika führen. Es soll mit dem Unternehmen der Beweis erbracht werden, dass der deutsche Schäferhund allen Strapazen gewachsen ist und unter fremdem Klima nicht zu leiden hat. In Kynologen-Kreisen wird die Reise mit grossem Interesse verfolgt.

+ + +  
Balkanisches Banditenpech. Unweit der griechischen Grenze konnte die bulgarische Polizei eine gefährliche griechische Räuberbande stellen und nach erbittertem mehrstündigen Feuergefecht gefangen nehmen. Die Bande war im Besitz zahlreicher Waffen. Sie ergab sich erst, nachdem zwei Bandenmitglieder getötet und mehrere Gendarme verwundet worden waren. Seit dem Jahre 1920 sind die Räuber in jedem Frühjahr in Bulgarien eingefallen. Erst nach Winteranbruch zogen sie sich wieder nach Griechenland zurück, wo die reiche Beute mit den Helfershelfern, unter denen sich nach der Aussage der Verhafteten auch ein griechischer Grenzoffizier befunden haben soll, geteilt und verjubelt wurde. Schon beim ersten Verhör haben die Verbrecher 13 Morde und mehr als 100 Raubüberfälle zugegeben.



## Genfer Bilanz.

### Der Bericht des Direktors.

SPD. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts hat seinen für die am 10. Juni ds. Js. in Genf beginnende 14. Internationale Arbeitskonferenz bestimmten Tätigkeitsbericht veröffentlicht. Der Bericht verdient diesmal ganz besondere Beachtung, denn er gestattet einen Ueberblick über das nunmehr zehnjährige Wirken der Internationalen Arbeitsorganisation und des Internationalen Arbeitsamtes.

Zweifellos ist der bei der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation zutage getretene Optimismus in 10 Jahren harten Ringens um die Schaffung eines internationalen Geistes in der Sozialpolitik, um die Angleichung der Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern der Welt, um den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit schlechthin beträchtlich gedämmt worden. Die wirtschaftliche Entwicklung der Welt hat, an der Steigerung der Produktion gemessen, in diesen 10 Jahren einen ungeheuren Aufschwung erlebt. Doch war dieser Aufschwung weit davon entfernt, eine Stabilisierung der wirtschaftlichen und insbesondere sozialen Verhältnisse mit sich zu bringen. Er hat vielmehr in allen Ländern der Welt krisenhafte Zustände geschaffen, die teils vorübergehender, teils akuter Natur sind, und infolgedessen geeignet waren, eine Regelung der Arbeitsbedingungen in nationalem und internationalem Ausmasse zu erschweren. Unter diesen Voraussetzungen musste sich die Arbeit der internationalen Arbeitsorganisation in den letzten 10 Jahren vollziehen. Ein Ueberblick über das in diesen 10 Jahren vollbrachte Werk der Internationalen Arbeitsorganisation gestattet die Schlussfolgerung, dass der beschrittene Weg geeignet ist, das im Teil 13 des Friedensvertrages verheissene Ziel der sozialen Gerechtigkeit in der Welt zu erreichen. Dieses Werk ist umso wertvoller, als es unter Berücksichtigung der realen Tatsache und in ununterbrochenem Ringen mit den widerstrebenden Kräften wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art gereift ist.

Der Internationalen Arbeitsorganisation gehören heute 55 Mitgliedstaaten an. Es darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass Brasilien, das bekanntlich aus dem Völkerbund ausgeschieden ist, nach wie vor der Internationalen Arbeitsorganisation angehört und die Konferenzen mit vollständigen Delegationen beschickt. Die Zusammenarbeit mit den Regierungen der Mitgliedstaaten gestaltet sich von Jahr zu Jahr enger und bildet immer zweckmässige Formen eines gegenseitigen Zusammenwirkens heraus. Verschiedene Länder unterhalten in Genf ständige Vertretungen beim Internationalen Arbeitsamt oder solche, die ihre Regierungen sowohl beim Völkerbund als auch beim Arbeitsamt ständig vertreten. Zu diesen Ländern gehören China, Japan, Kanada, Kolumbien, Kuba, Peru, Persien und Südafrika. Von den europäischen Ländern sind es insbesondere Dänemark, Schweden, Finnland, Irland, Ungarn, Lettland, Polen, Portugal, Rumänien und Jugoslawien. Die Regierungen von Argentinien, Bulgarien, Griechenland, Italien, Norwegen, der Tschechoslowakei, Uruguay und Venezuela, haben ihre diplomatischen oder Konsularvertreter in Bern oder in Genf mit der Vertretung ihrer Regierungen beim Völkerbund oder beim Internationalen Arbeitsamt betraut.

Bei den nordeuropäischen Ländern hat das internationale sozialpolitische Werk von Genf zu einer sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft geführt, mit dem Zweck angesichts der Aehnlichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieser Länder auf dem Gebiete der Durchführung internationaler Grundsätze in der Sozialpolitik gemeinsam zu beraten und gemeinsame Massnahmen zu ergreifen. Zweifellos könnten solche Arbeitsgemeinschaften für den Gedanken der Universalität der Sozialpolitik eine Gefahr darstellen. Die Praxis der nordischen Länder hat indessen bewiesen, dass die gemeinsamen Beratungen geeignet sind, Schwierigkeiten, die einer Ratifikation internationaler Arbeitsübereinkommen im Wege stehen, zu überwinden, und somit den internationalen Sozialfortschritt zu fördern.

Eine interessante Neuerung hat die rumänische Regierung eingeführt durch die Gründung eines "Ausschusses zur Pflege der Beziehungen mit der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Internationalen Arbeitsamt". Dem Ausschuss gehören Vertreter der zuständigen Regierungsdienststellen sowie der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und der Arbeitnehmer an. Den Vorsitz führt der Generalsekretär des Arbeitsministeriums. Der Ausschuss befasst sich mit allen die Internationale Arbeitsorganisation angehenden Fragen, sowohl in bezug auf die Vorbereitung der Arbeiten für die internationale Arbeitskonferenz und das Internationale Arbeitsamt, als auch in bezug auf die Ratifikation der internationalen Arbeitsübereinkommen und ihre Durchführung.

Auch in den asiatischen Ländern, und insbesondere in den Ländern an den Gestaden des Pazifischen Ozeans, hat die von Genf ausgehende internationale Sozialpolitik zu einer Zusammenarbeit geführt, die nicht nur im Interesse des sozialen Fortschritts liegt, sondern angesichts der gefährlichen wirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen dieser Länder untereinander im Interesse einer Sicherung des Friedens von höchster politischer Bedeutung ist.

---

SPD. Kein Tag vergeht, an dem nicht die kommunistische Presse mit grossem Geschrei die 40 Stunden=Woche fordert. Dass dabei von ihr behauptet wird, die Gewerkschaften seien Gegner der Arbeitszeitverkürzung, versteht sich von selbst. Wie steht es aber nun mit der Praxis der "revolutionären" Kapedisten? Darüber gab dieser Tage eine Verhandlung vor dem Tarifschiedsrichter der Textilindustrie West=Sachsens guten Aufschluss.

Die Firma Erhardt Wunsch in Kändler bei Limbach, deren Belegschaft sich nur aus Mitgliedern des Limbacher kommunistischen Textilarbeiterverbandes zusammensetzt, hatte die Leistung von von wöchentlich 6 Ueberstunden, also von insgesamt 57 Arbeitsstunden pro Woche für die Dauer von 2 Monaten beantragt. Der "revolutionäre" Betriebsrat und die "revolutionäre" Belegschaft wollten ihre Zustimmung geben unter der Bedingung, dass die Firma statt 25 % 50% bezahle. Nicht an der grundsätzlichen Auffassung, dass Ueberstunden nicht geleistet werden dürfen, sondern nur an der Höhe der Zuschlagsforderungen scheiterten die Verhandlungen.

Vom Deutschen Textilarbeiter=Verband, d.h. von den in der KPD=Presse täglich beschimpften Reformisten, wurde gefordert, dass in erster Linie Doppel=schicht eingeführt werden muss. Trotzdem hat das Tarifschiedsgericht dem Etsuchen der Firma stattgegeben und die Ueberarbeit genehmigt. Dieser Spruch ist nur zustande gekommen, weil von der "revolutionären" Belegschaft und vom "revolutionären" Betriebsrat die grundsätzliche Zustimmung zur Leistung von Ueberstunden bis zu 57 Stunden je Woche gegeben wurde.

Ein neues Beispiel revolutionärer Betriebsrats=Tätigkeit! Die radikalen Worte der K.P.Disten sind weiter nichts wie Schall und Rauch.

---

SPD. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der am 25. Mai in Mainz seinen 5. Bundestag abhält, hat soeben seinen Geschäftsbericht veröffentlicht. Aus dem Bericht ergibt sich, dass der Bund eine sehr kräftige Mitgliederzunahme aufzuweisen hat. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1926 bis 1929 von 324 580 auf 472 309.

Die Siedlungsarbeit des Bundes hat gute Erfolge aufzuweisen, wovon sich die Berliner Presse dieser Tage bei einer Besichtigung der Siedlungen in Neukölln, Lichtenberg und Lankwitz selbst überzeugen konnte. Die gemeinnützige Reichsbundkriegersiedlung G.m.b.H. baut gesunde und billige Eigenheime und Mietwohnungen für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. 757 Wohnungen sind bereits bezogen, 374 sind im Bau. Bisher wurden durch die Selbsthilfe 1750 Wohnungen geschaffen. Eine schöne Leistung, da die Mieten möglichst niedrig gehalten werden.

---

SPD. Im Reichsbahndirektionsbezirk Halle entfielen bei den Betriebsrätewahlen auf den Einheitsverband der Eisenbahner 11 110, auf den Hirsch-Dunckerschen-Verband 1270, auf die christliche Gewerkschaft 801 und auf die revolutionäre Gewerkschaftsopposition 650 Stimmen.

Die Opposition, die im Vorjahr 796 Stimmen für sich buchen konnte, hat trotz verzehnfachter Anstrengungen eine starke Einbusse erlitten; sie hat nicht einmal eine Vorschlagsliste für den Bezirksbetriebsrat bei der Reichsbahndirektion Halle zustande gebracht. Dadurch ergibt sich folgende Sitzverteilung: Der Einheitsverband erhält 14 Mandate, der Hirsch-Dunckersche-Verband und die Christen erhalten je 1 Mandat.

Die Eisenbahner des Halleschen Bezirks stehen, wie sich aus dem Resultat der Betriebsrätewahlen ergibt, fest zur freigewerkschaftlichen Bewegung. -

In Köln hat der Einheitsverband einen Sitz eingebüsst und der Hirsch-Dunckersche-Verband einen gewonnen. Die Opposition hat keinen nennenswerten Fortschritt gemacht.

---

SPD. Die Betriebsratswahlen im Bereich der rheinisch-westfälischen Strassenbahnen hatten bei 30 Strassenbahnen mit 14 071 Wahlberechtigten und 12 601 Wählern folgendes Ergebnis: freie Gewerkschaften (Gesamtverband und Deutscher Metallarbeiter-Verband) 7 595 Stimmen 137 Mandate, Zentralverband der Arbeitnehmer 3 232 Stimmen 55 Mandate, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 841 Stimmen sechs Mandate, kommunistische Opposition 613 Stimmen sechs Mandate, SSS (gelber Verband) 212 Stimmen drei Mandate, zersplittert und ungültig 117 Stimmen.

Von den Kommunisten waren nur bei der Essener und Hamborner Strassenbahn-Listen eingereicht worden. Bei sechs Strassenbahnen mit rund 1 000 Wahlberechtigten brauchte eine Wahl nicht stattzufinden, da hier nur Listen der freien Gewerkschaften aufgestellt waren.

---

SPD. Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen bei den bayerischen Reichsbahndirektionen zeigt den freigewerkschaftlichen Einheitsverband in unerschütterlicher Position. Er erhielt jetzt die Mehrheit bei allen Direktionen und muster- te 19 302 Stimmen, während auf die Christen 12 000 und auf die Moskauer ganze 888 entfielen. Von den Bezirksbetriebsräten entfallen auf den Einheitsverband 26, auf die Christen 16 und die Kommunisten - einer.



## Wertgewinne trotz Arbeitskrise.

### Tankschiffaufträge verbessern den Beschäftigungsgrad.

SPD. Die Beschäftigungskrise im deutschen Schiffbau hat auch das ganze letzte Jahr über angehalten und den Arbeitsmarkt für die Werftarbeiter ständig unter Druck gesetzt. Wie bei verschiedenen anderen Industrien lässt sich jedoch auch im Schiffbau die Tatsache feststellen, dass die Unternehmer trotz der ungünstigen Gesamtlage gut auf ihre Kosten gekommen sind.

Zunächst lassen die Abschlüsse für das letzte Geschäftsjahr erkennen, dass nicht alle Werften unter der Beschäftigungskrise zu leiden hatten und dass besonders die führenden Hamburger Werften auch im letzten Jahr recht gut abgeschnitten haben. So konnte die Blohm & Voss A.G. auch für 1928/29 ihre 5-prozentige Dividende vom Vorjahr aufrechterhalten. Wenn der Betriebsgewinn von 3 auf 2,8 Millionen leicht zurückgegangen ist, der Reingewinn aber mit 570 000 Mark fast unverändert blieb, so darf man bei der Beurteilung dieser Entwicklung nicht vergessen, dass die Arbeit infolge der Unnachgiebigkeit der Unternehmer in diesem Geschäftsjahr vierzehn Wochen lang unterbrochen war. Unter diesen Umständen ist also der Gewinnabschluss von Blohm & Voss als sehr günstig zu bezeichnen. Bemerkenswert ist, dass nach der Bilanz der Posten "in Arbeit befindliche Schiffe" von 48,3 auf 60,6 Millionen gestiegen ist. Die Blohm & Voss A.G. kann also im laufenden Jahr über Arbeitsmangel nicht klagen. Auch die Kieler Howaldt-Werke, die einen Teil der Hamburger Vulkananlagen übernommen haben, konnten im dritten Jahr ihres Wiederaufbaues ihre Dividende von 8 auf 10% heraufsetzen. Obwohl die Abschreibungen von 160 000 auf 390 000 Mark heraufgeschraubt wurden, hat sich der ausgewiesene Reingewinn mit 270 000 Mark mehr als verdoppelt. Im vergangenen Jahr konnte bei diesem Unternehmen die Belegschaft von 1660 auf 2 000 Mann verstärkt werden, für die auch im laufenden Jahr Dauerbeschäftigung gesichert ist. Die Deutsche Werft in Hamburg, in der vor zwei Jahren die Reiherstiegwerft aufgegangen ist, konnte 1929 ihren Betriebsgewinn von 1,32 auf 1,67 Millionen Mark steigern und hat mit rund 1 Million Mark ihren Reingewinn um rund 30% erhöht. Trotz Heraufsetzung der Dividende von 6 auf 8% konnten noch über 150 000 Mark vom Gewinn in die Reserve gesteckt werden. Das Unternehmen hat in den ersten Monaten dieses Jahres einen Gesamtauftragsbestand von annähernd 100 000 Tonnen in Arbeit, der den Betrieben volle Beschäftigung bis zum Frühjahr nächsten Jahres sichert. Auch die Abschlüsse mehrerer kleinerer Werften zeigen im letzten Jahr eine deutliche Besserung. So haben die Stettiner Oderwerke, die nach der Stilllegung des Stettiner Vulkans grössere Bestellungen erhielten, ihren Verlust von 1928 in Höhe von über 155 000 Mark vollkommen tilgen und darüber hinaus noch einen kleinen Reingewinn erzielen können. Die Frerichswerft in Einswarden hat ihre Verluste von fast einer Million im letzten Jahr bis auf einen kleinen Rest getilgt.

Während der Bremer Vulkan, der in den beiden letzten Jahren die hohe Dividende von 8% ausschütten konnte, auch für 1929, dessen Abschluss noch nicht veröffentlicht ist, die gleichen Aktionärgewinne (8%) vorsieht, liegen die Verhältnisse bei dem grössten deutschen Schiffbauunternehmen, der Deschimag, entschieden ungünstiger. Dieses Unternehmen sah sich kürzlich zu einer Herabsetzung seines Kapitals von 25 auf 14 Millionen gezwungen. Offenbar hat

sich dieser Werftkonzern mit seiner überspannten Expansionspolitik übernommen. Nach der Fertigstellung der "Bremen" im vergangenen Jahr ist trotz der umfassenden Stilllegungen der Tecklenborg und Stettiner Vulkanwerft der Arbeitsmarkt immer fühlbarer geworden. Auch die Lage bei der vom Reich sanierten Schiffbauwerft in Elbing befriedigt nicht. Immerhin haben die Betriebe dieses Unternehmens in den letzten Monaten neue Arbeit erhalten. So sind von Sowjetrussland Schiffbauaufträge im Werte von insgesamt 8 Millionen Mark eingegangen.

Es zeigt sich also, dass ein Teil der führenden und auch der mittleren Werften im letzten Jahr gut abgeschnitten hat. Auch lassen die grossen Auftragsbestände bei den Hamburger und Kieler Werften hoffen, dass keine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes im Laufe dieses Jahres eintreten wird. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass infolge der massenhaften Stilllegungen, wie der Tecklenborg-Werft, des Hamburger- und Stettiner Vulkans, der Reiherstieg- und Nüske-Werft, für die Werftarbeiter noch eine sehr schwere Arbeitskrise besteht.

Leider ist für die nächsten Monate wenig Hoffnung, dass hier eine fühlbare Entlastung eintritt. Zwar hat die Weltschiffbaukonjunktur durch die wachsenden Aufträge für Tankschiffe kräftige Anregung erhalten, doch liegt der übrige Schiffbau umso mehr darnieder. Das gilt insbesondere für die Inlandsaufträge, die zurzeit nahezu gänzlich abgestoppt sind. Wenn in letzter Zeit auch grössere Auslandsaufträge an Tankschiffen nach Deutschland vergeben wurden, so ist doch auffällig dass nach Lloyds Register von 25 grossen Tankschiffen Anfang dieses Jahres acht in England, acht in dem kleinen Holland und nur drei Schiffe in Deutschland in Arbeit gegeben wurden. Zugleich lässt sich feststellen, dass in dem ersten Quartal dieses Jahres die Auftragsbestände bei schwedischen Werften um 24% gewachsen sind, während der Gesamtbestand bei den deutschen Werften von 253 256 Tonnen zum Jahresanfang auf 231 162 Tonnen Ende März zurückgegangen ist. Die Gründe für diese unerfreuliche Entwicklung liegen, wie von der Werftindustrie mehrfach betont wird, in der rücksichtslosen Monopol-diktatur der deutschen Eisenverbände. Es ist angesichts der katastrophalen Arbeitslosigkeit bei der Werftarbeiterschaft ein unerhörter Skandal, dass holländische und schwedische Werften mit billigerem Eisenmaterial durch die deutschen Syndikate beliefert werden und auf diese Weise den deutschen Werften die Aufträge wegschnappen und den Arbeitern das Brot nehmen.

---

SPD. Im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat wird seit Monaten verhandelt, um einen neuen Syndikatsvertrag zu schaffen. Ursprünglich sollte das Kohlensyndikat nur die Interessen der Bergwerksgesellschaften wahren. Seitdem es aber ein Kohlenwirtschaftsgesetz gibt, haben die Kohlensyndikate nunmehr auch gemeinwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Wenn ein Syndikatsvertrag rechtsgültig werden soll, dann muss er die Zustimmung des Reichskohlenrats erhalten. Darüber hinaus kann der Reichswirtschaftsminister Beschlüsse des Reichskohlenrats, Reichskohlenverbandes und der Syndikate beanstanden, wenn sie Gesetze verletzen oder das öffentliche Wohl gefährden. Das sind Sicherungen, die einigermassen Schutz gegen einseitige Interessennahme bieten und nicht unterschätzt werden dürfen.

Eine strittige Angelegenheit ist bei der Neuschaffung von Syndikatsverträgen die Aufteilung des Gesamtabsatzes auf die einzelnen Mitglieder, also die Beteiligungsziffer. Da geraten die Interessen der einzelnen Bergwerksgesellschaften oft sehr hart aneinander, so dass nicht immer eitel Harmonie bei den Beratungen herrscht. Jede leistungsfähige Gesellschaft hat das Bestreben, eine möglichst hohe Quote herauszuschlagen. Man stelle sich, um den Begriff klar zu machen, einen grossen Kuchen vor, der von einem Rudel hungriger Menschen umstellt ist, jeder einzelne mit der Absicht, das grösste Stück Kuchen zu be-

kommen. So ungefähr ist es, wenn über die Beteiligungsziffer bei den Kohlensyndikaten verhandelt wird.

Der alte Vertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats endigte am 31. März 1930. Schon im vergangenen Jahr begannen die Verhandlungen um einen neuen Vertrag mit dem Ergebnis, dass man sich am 31. März noch nicht einig war. Damit keine syndikatslose Zeit eintreten konnte, verlängerte der Reichswirtschaftsminister, den alten Syndikatsvertrag durch Verordnung um einen Monat, um ihn am 30. April nochmals zu verlängern. Inzwischen haben sich nun 90 Prozent der Gesellschaften auf einen Vertrag geeinigt, dem im Reichskohlenrat nach langer Aussprache einmütig zugestimmt wurde. Noch etwa 10 Prozent der Werke stehen dem Vertrag ablehnend gegenüber, da sie mit ihrer Beteiligungsziffer nicht zufrieden sind. Der Reichskohlenrat konnte sich in diese heikle Angelegenheit nicht einmischen. Der Reichswirtschaftsminister aber hat das Recht, aufgrund des Gesetzes die noch schmallodnend Abseitsstehenden dem Syndikat durch Verordnung einzugliedern. Es ist zu verstehen, wenn der Minister nur zögernd an diese Aufgabe geht, aber wenn die noch Fernstehenden dem Syndikat nicht freiwillig beitreten, wird er sich seiner gesetzlichen Pflicht nicht entziehen können. Wollte er dieser Pflicht nicht genügen, dann hätte er 90 Prozent der Ruhrbergwerke, die Bergarbeiter und auch das einstimmige Votum des Reichskohlenrats gegen sich.

Es wurde schon der Gedanke ausgesprochen, dass es nicht schlimm sein könnte, wenn etwa 10 Prozent der Werke dem Ruhrsyndikat fernstünden. So steht aber die Partei nicht. Die Gesellschaften, die sich über den Vertrag geeinigt haben haben sich in einer Protokollnotiz dahin festgelegt, dass das Syndikat nur dann als gegründet zu betrachten sei, wenn ihm alle Werke beigetreten oder durch Verordnung des Ministers beigefügt seien. Geschieht keines von beidem, dann ist mit einem syndikatslosen Zustand im Ruhrbergbau zu rechnen. Das wäre ein großes Unglück für alle Beteiligten - für die Bergarbeiter, Beamten und die Werke. Es würde dann ein Kampf aller gegen alle entbrennen, den die Bergbauwirtschaft nicht vertragen kann. Dergleichen muss verhütet werden und darum darf sich der Reichswirtschaftsminister keinesfalls seiner gesetzlichen Pflicht entziehen. Er muss handeln, ehe es zu spät ist.

---

SPD. Die Deutsche Zündholzfabriken A.G. in Berlin, die vom Schwedentrust beherrscht wird, stellt für 1929 ihre Dividendenzahlung ein. Im Geschäftsbericht bezeichnet die Verwaltung die Gründung des Zündholzsyndikats (Deutsche Zündholz-Verkaufs A.G.) sowie das Sperrgesetz der Regierung als einen Fehlschlag. Aus sehr verständlichen Gründen begrüsst das Unternehmen des Schwedentrusts den Beschluss des Reichstages, den gesamten Zündholzverkauf und die Zündholzeinfuhr in die Hände eines Staatsmonopols zu legen. Die forcierte Einfuhr russischer Zündhölzer habe im letzten Jahr zur Fabrikationseinschränkung und zur Herabsetzung der Übernahmepreise gezwungen. Bei einem Fabrikationsgewinn von 6,7 gegen 7,59 Millionen wird nach Abzug der Unkosten, Steuern und Abschreibungen, die keine wesentlichen Veränderungen zeigen, ein Reingewinn von 107 262 gegen 709 331 Mark im Vorjahr ausgewiesen.

---

SPD. Die auf den Stichtag des 14. Mai berechnete Grosshandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist mit 125,3 gegenüber der Vorwoche um 0,2% zurückgegangen. Von den Hauptgruppen ist der Index für Agrarstoffe um 0,3% auf 111 gesunken. Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe hat von 123,9 auf 123,8 und diejenige für industrielle Fertigwaren von 151,7 auf 151,6 leicht nachgegeben.

---

SPD. Die Entwicklung der Reichsbank in der zweiten Märzwoche zeigt, dass mit der schon längst fälligen Herabsetzung des Diskontsatzes nicht länger mehr gezögert werden darf. In der Berichtswoche hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln, Schecks, Lombards und Wertpapieren um 260,1 auf 1747 Millionen verringert. Hiervon sind die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 268,7 Millionen auf 1584,8 Millionen zurückgegangen. Der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen ist auf 4515 Millionen zusammengeschrumpft und liegt bereits um 119 Millionen unter den Ziffern der zweiten Aprilwoche.

Andererseits haben sich die Goldbestände um 12,2 auf 2577,7 Millionen erhöht, während die deckungsfähigen Devisen sich um 32,3 auf 297,8 Millionen verringert haben. Die Notendeckung durch Gold allein stieg in der Berichtswoche von 58,3 auf 61,4%. Die Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen erreichte den Stand von 68,5 gegen 65,8% in der Vorwoche. In diesem Ausweis kommt deutlich das gänzliche Daniederliegen der Wirtschaft zum Ausdruck, für das sich vorläufig auch noch keine Anzeichen der Besserung zeigen.

SPD. Die kräftige Entwicklung des Absatzes in Baustoffen, die im März einsetzte, hat im April nicht angehalten. Wie der Deutsche Zementbund mitteilt, sind die Versandziffern im April mit 570 000 Tonnen bereits wiederum um 1000 Tonnen niedriger als im März. Normalerweise müsste der Baustoffabsatz im April den Umfang des Vormonats bei weitem übertreffen. Im Vergleich zum April 1929, der eine Absatzmenge von 816 000 Tonnen aufwies, sind die Ziffern des Berichtsmonats um 40% zurückgegangen. Diese Entwicklung beweist, unter wie schwierigen Verhältnissen sich in diesem Jahr der Bauproduktmarkt entwickelt.

SPD. Die Wirtschaftskrise nimmt immer schärfere Formen an. So ist die Eisenproduktion im April um 23% und die Stahlwerkserzeugung sogar um mehr als 30% geringer als im April vorigen Jahres. Während im vergangenen Jahr in der rasch auflebenden Schwerindustriellen Konjunktur der Arbeitsmarkt eine kräftige Stütze fand, wird in diesem Frühjahr der saisonmässige Aufschwung besonders durch die ständig zunehmenden Belegschaftsabbauten in der Montanindustrie völlig wirkungslos gemacht. Geradezu alarmierend ist in dieser Hinsicht der soeben veröffentlichte Arbeitsmarktbericht für Rheinland-Westfalen. Danach ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in diesem Jahr gegenüber dem Höchststand nur um 12% im vergangenen Jahr dagegen bis Mitte Mai bereits um 50,6% gesunken. In 11 Arbeitsamtsbezirken ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger seit dem Februar sogar noch gestiegen.

SPD. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft macht in ihrem letzten Bericht den Konjunkturverlauf davon abhängig, dass die Zinssätze für langfristige Kredite verbilligt werden. Diese Verbilligung war bisher unter dem Gesichtspunkt der Ankurbelung der Konjunktur durchaus unzureichend. Eine wesentliche Verbilligung des Kredits sei auch für eine Lösung des Arbeitslosenproblems entscheidend. Eine stärkere Zinssenkung eröffne für die Gesamtwirtschaft der Wirtschaft im laufenden Jahr neue Perspektiven, wenn auch der Kapitalzins nicht der einzig entscheidende Faktor für die künftige Entwicklung der Konjunktur sei.

Fortsetzung der Stützungskäufe.

(Berliner Getreidebörse vom 17. Mai)

SPD. An der Berliner Produktenbörse vom Sonnabend hielt die feste Stimmung an. Am Markte der Zeitgeschäfte war für Weizen namentlich der laufende Monat sehr fest, während die übrigen, die späteren Sichten, nur kleine Preisgewinne verzeichnen konnten. Roggen hatte durchweg eine Preissteigerung von 2 Mark zu verzeichnen. Im Handel mit prompter Ware blieb Weizen ausserordentlich knapp angeboten, sodass bei reger Kauflust, namentlich der auswärtigen Mühlen, die Preise wiederum um 2 Mark anziehen konnten. Roggen war zu den Stützungskursen reichlicher angeboten und wurde von den stützenden Stellen wiederum aufgenommen. Am Mehlmarkt zeigte sich keine grössere Kauflust. Für Weizenmehl waren die Forderungen teilweise um 25 Pfennig erhöht, wurden jedoch schwer durchgesetzt. Roggenmehl war zu unveränderten Preisen reichlich am Markt. Auch Hafer hatte etwas freundlichere Stimmung, da sich für den Export bessere Nachfrage zeigte. Teilweise konnten hierfür sogar etwas höhere Preise erzielt werden, während sich der Inlandskonsum sehr zurückhielt.

	<u>16. Mai</u>	<u>17. Mai.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	286 - 288	288 - 290
Roggen	164 - 172	166 - 174
Braugerste	190 - 202	190 - 202
Futter- und Industrierogerste	170 - 184	170 - 184
Hafer	151 - 160	152 - 162
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,25-39,75	31,75-40,00
Roggenmehl	22,75-25,50	22,75-25,75
Weizenkleie	8,75- 9,25	8,75- 9,25
Roggenkleie	9,00- 9,50	8,75- 9,50
<p><u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Mai 300-299 (Vortag: 296½), Juli 301½-302 (301), September 269 (268½), Roggen Mai 180 (178) Juli 184½-185½ (183), September 185½ (183¾). Hafer Mai 165 (165) Juli 171½.</p>		

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 17. Mai: I 126 Mark, II 117 Mark, III. 97 Mark je Zentner. Tendenz fest,

SPD. Der Magistrat von Berlin hat die Errichtung einer "Bausparkasse der Stadt Berlin" als eine Abteilung der Berliner Stadtbank-Girozentrale der Stadt Berlin - beschlossen. Der Einrichtung werden die allgemeinen Bedingungen zugrunde gelegt, die vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband entworfen und vom preussischen Innenministerium bereits genehmigt sind. Der Beschluss des Magistrats ist von der Stadtverordnetenversammlung noch zu genehmigen.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 17. Mai 1930

Wer ist der Mörder? x

Von Hector Hutt.

SPD. "Nun?" fragte George.

"Nun?" wiederholte ich und legte das Buch aus der Hand.

"Hast du gar keine Vermutung?"

"Einstweilen noch nicht. Aber es kann nicht allzu schwer sein, den Schuldigen zu ermitteln, wenn wir jeden, der unmöglich den Mord begangen haben kann, ausschalten. Auf diese Weise erleichtern wir uns das Nachdenken beträchtlich."

"Die Schwierigkeit ist", meinte George, "dass der Täter aus den verschiedensten Beweggründen gehandelt haben kann. Fast jede Person, die in diesem Buche vorkommt, hätte irgend ein Motiv gehabt, um Jaspar Gaunt zu ermorden."

"Wie dem auch sei, wir müssen den Täter ermitteln, bevor wir den versiegelten Teil des Kriminalromans in Angriff nehmen. Beginnen wir also damit, die unverdächtigen Personen auszuschalten! Die Frau des Ermordeten, Mary Gaunt, zum Beispiel."

George nickte beifällig. "Sie hat gewiss nichts mit dem Morde zu tun. Sie befand sich ja im gleichen Raume wie ihr Gatte, als der Schuss abgegeben wurde. Du kannst sie also ruhig ausschalten."

"Dann war es vielleicht ihr Liebhaber Neville Strange."

"Unmöglich. Der Schuss wurde ja aus seinem Revolver abgefeuert. Das steht doch fest".

"Dann kommt er also auch nicht in Betracht. Aber vielleicht Jaspar Gaunts Mündel, Fräulein Lockyer..."

"Das Mädchen, das stets mit ihrem Säugling im Arme herumgeht?"

"Ja, sie könnte es getan haben".

"Ausgeschlossen! Gaunt hat ihren Säugling enterbt. Und überdies hat Fräulein Lockyer, wie du dich doch erinnerst, vor drei Zeugen geschworen, Jaspar Gaunt umzubringen."

"Das habe ich vergessen. Entschuldige! Dann kommt sie bestimmt nicht in Betracht. Wir kommen jetzt zu Morton Foster, von dem Gaunt immer Geld erpresste. Vielleicht, dass Foster..."

"Immer unsinniger und unsinniger", unterbrach mich George. "Du weißt doch, dass Gaunt einen Brief in Händen hatte, durch den Foster eines Verbrechens überführt wird, dass Foster gezwungen gewesen wäre, ausser Landes zu gehen, wenn er in der Mordnacht nicht in den Besitz des Schriftstückes gelangt wäre, und dass der Brief in Jaspar Gaunts Tresor fehlte..."

"Stimmt. Foster kommt also nicht in Betracht. Was ist mit dem Portier?"

"Manchmal muss ich an deinen Verstandeskräften zweifeln. Du weißt doch, dass der Portier kein anderer als der verkleidete Painton ist, den Gaunt vor Jahren ins Gefängnis gebracht hat, und dass Painton nur für seine Rache lebte. Wie kann es also der Portier gewesen sein?"

"Unmöglich. Du hast Recht. Bleibt also nur das Stubenmädchen, das..."

"Das bereits dreimal versucht hat, Gaunt umzubringen, indem es ihm gemahltes Glas in die Speisen mengte. Natürlich war es das Stubenmädchen, natürlich!"

"Muss also ebenfalls ausgeschaltet werden. Bleibt nur der Detektiv. Und der hat keinerlei Beweggründe, Gaunt zu ermorden."

"Eben deshalb ist er der Täter!"

"Nein", sagte ich, "er ist ein entzückender Detektiv. Er ist so lustig,

nacht immer Spässe und spielt mit dem Baby. Ich habe noch nie gehört, dass ein lustiger Detektiv ein Mörder ist".

"Er ist der Mörder. Ich versichere es dir", wiederholte George. "Er muss es sein. Er ist der einzige in dem Roman, der kein Motiv hat!"

"Meine Theorie ist", sagte ich hochmütig, "dass niemand anders als Fräulein Lockyer Gaunt ermordet hat".

"Hahaha! Hat sie vielleicht ihr Baby in der Garderobe abgegeben, während sie den Schuss abfeuerte?"

"Das ist der springende Punkt!" rief ich. "Sie ist ein sympathischer Charakter. Jedesmal, wenn sie mit dem verdammten Säugling herumspaziert, erregt sie unsere Sympathie und unser Mitgefühl. Niemand kann auf die Vermutung kommen, dass sie Jasper Gaunt ermordet hat. Und deshalb ist sie die Schuldige!"

George war offenbar bewegt. Aber er liess sich von seiner Ansicht nicht so leicht abbringen. "Der Detektiv war es!"

"Nein, Fräulein Lockyer!"

"Gibt es sonst jemanden in dem Buche, der kein Motiv zur Tat hat?"

"Kommt sonst jemand in dem Roman vor, der unmöglich der Mörder gewesen sein kann?!"

"Oeffne ihn!" schrie George heiser. "Oeffne den versiegelten Teil des Romans!" - -

Ich öffnete. In rasender Hast überflogen wir das Schlusskapitel. Dann legten wir das Buch beiseite und starrten uns fassungslos an. In dem Buche kaum eine Person vor, die noch weniger Beweggründe zur Tat hatte als der Detektiv.

Es war auch nicht Fräulein Lockyer. Es war ein noch unverdächtigerer Charakter. Jawohl, lieber Leser, du hast es erraten. Wir leider nicht.

Es war das Baby!!

(Aus dem Englischen übersetzt von Leo Korten.)

---

### Hygienische Volksaufklärung.

---

SPD. Betrachtet man alte Holzschnitte, Stiche, Zeichnungen und Gemälde, die ja zum grossen Teil in früheren Jahrhunderten die Rolle der heute üblichen Bildberichterstattung spielten, besonders diejenigen, die sich mit allem befassen, was wir gegenwärtig unter Kosmetik und Hygiene verstehen, dann bekommt man vielleicht erst den richtigen Blick für Wert und Bedeutung aller modernen Bestrebungen auf diesen Gebieten. Man braucht noch nicht einmal allzu weit in die Jahrhunderte zurückzugehen, sondern kann sich mit dem begnügen, was noch die Generation vor 40 und 50 Jahren unter Hygiene verstand, oder mit dem Zustande, der noch heute bei weniger zivilisierten Völkern und hier und da selbst bei uns besteht, um zu begreifen, welche sozialen und kulturellen Ideen mit dem Begriff "Hygiene" verknüpft, ja, in ihm verkörpert sind.

Die diesjährige grosse "Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden, die an Umfang nur um ein Drittel hinter der vorjährigen Weltausstellung zu Barcelona zurücksteht, schlägt gewissermassen ein riesenhaftes Lehrbuch der Gesundheit auf. Dieses Lehrbuch wird uns, da es mit höchstem wissenschaftlichem Ernst verfasst und international orientiert ist, aufrütteln, uns den Unterschied zwischen einst und heit zeigen, aber auch beweisen, dass wir noch sehr viel tun müssen, um einen halbwegs idealen Zustand nahezukommen. Es ist erst knapp 20 Jahre her, dass es zum erstenmal gelang, eine solche Ausstellung durchzusetzen. Damals, 1911, war noch die medizinische Wissenschaft gegen eine solche Ausstellung, weil sie eine Förderung der Kurpfuscherei, für den Laien folgenschwere Missverständnisse, Irreleitung, das Aufkommen verschrobener Anschauungen und ähnliches befürchtete. Nicht viel anders stellten sich die in

Frage kommenden Behörden ein. Und doch wurde jene Ausstellung massgebend für die spätere Zeit. Denn hier trat zum vielleicht erstmalig die Person hinter dem gebotenen Schaustück zurück. Zum erstmalig war alles nach Materien und nicht nach Ausstellern geordnet. So wurde durch plastische Durchgestaltung des Stoffes erreicht, dass jeder Besucher ohne Rücksicht auf seine geistige Vorbildung gründliche Belehrung ohne jede aufdringliche, lehrhafte Betonung erhielt.

Wenn nur das Eine damals erreicht worden wäre, dass aus der Abteilung "Der Mensch", deren Schaustücke in eigens für die Ausstellung geschaffenen Werkstätten hergestellt worden waren, das heute weltberühmte, einflussreiche und massgebende Deutsche Hygiene=Museum hervorging, so wäre schon das genug gewesen. Aber der Erfolg war so vielseitig, wie ihn sich die Veranstalter selbst wohl kaum erhofft hatten. Allein die für damalige Verhältnisse ganz ungewöhnlich hohe Besucherzahl von 5  $\frac{1}{2}$  Millionen und vielleicht noch der erzielte Überschuss von 1 Million Mark bewiesen dies. Allerdings wurde auch dieser Erfolg durch Krieg und Inflationszeit arg in Frage gestellt, da die zur Verfügung gestellten Gelder bis auf einen Bruchteil zusammenschrumpften und in Deutschland, im Gegensatz zum Ausland, solche Institute lediglich aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden. Nur dadurch, dass man eine einzigartige, epochemachende Lösung fand, war es möglich, das Institut zu erhalten. Man schuf nämlich eine geschäftliche Lehrmittelabteilung, vertrieb Duplikate der Museums-schaustücke, schuf ganze Lehrsammlungen für kleine Museen auf diesem Gebiet und fand dafür im In- und Auslande zahlreiche Abnehmer. Um die Existenznotwendigkeit zu beweisen, und durch die wirtschaftliche Not auch kategorisch dazu gezwungen, schuf man ferner transportable Ausstellungen, besuchte 600 Städte im Reiche, hielt gleichzeitig belehrende Kurse ab und führte selbst Ausstellungen im Auslande (Schweiz, Holland, Italien, Lettland, Dänemark, Schweden, Norwegen usw.) höchst erfolgreich durch. Schliesslich wirkte man auch bei der Gründung des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung und bei der Reichsgesundheitswoche 1926 mit und unterstützte diese Bestrebungen durch rund 70 000 Lichtbilder und 15 000 Bildtafeln. Nur dadurch, dass man sich nicht auf Dresden allein beschränkte, vielmehr die Aufklärung und Erziehung zur Lebenskenntnis und Lebenskunst in die denkbar weitesten Kreise trug, war es möglich, zu dem heute erreichten Ziele zu gelangen.

Für unsre Zeit ergaben sich nicht nur neue Aufgaben, sondern es trat auch die Notwendigkeit ein, mit neuen Mitteln zu arbeiten. Nicht allein der von tausenderlei Gefahren umgebene, gehetzte und der Mechanisierung am stärksten unterworfenen Grosstädter, sondern auch alle anderen, unter neuen Bedingungen lebenden Menschen bedürfen neuer Lösungsmöglichkeiten aller gesundheitlichen Fragen. So wird die "Internationale Hygiene=Ausstellung" neben der "Hölle 1930", also dem Tohuwabohu der auf den Städter eindringenden, nervenzerrütten- den Geräusche und Effekte jeglicher Art, auch dem in ungünstige Arbeitsräume eingepferchten Menschen, der unter dem Doppelberuf von Mutterschaft, Haushalt- und Berufstätigkeit leidenden Frau und dem unter der Wohnungsnot darben- den Menschen die Wege zur Erhaltung und Förderung des Gesundheits- und Kräftezu- standes zeigen. Die Ausstellung wird diese Menschen alle über den menschlichen Körper als Kunstwerk belehren und ihnen die Liebe zu diesem Kunstwerk bei- bringen. Sie wird die dem Körper drohenden Gefahren aufzeigen und darüber hin- aus die von der Wissenschaft gestützte Volksbildungsbewegung weitertreiben, um damit der heutigen und den späteren Generationen zu dienen.

Dr. Leo Koszella.

## Theater in Delphi.

Von unserm Sonderkorrespondenten in Delphi.

SPD. Sie spielen in Delphi Theater auf gewechter Erde, im Banne Apoll's, und lassen sich von der Natur gewaltige Kulissen stellen, die den Menschen erschüttern. Denn des altgriechischen Dichters Aeschylos "Prometheus" und seine "Schutzflehenden" erscheinen winzig klein gegenüber der Allgewalt der Natur, die hier in grandioser Rhapsodie ihre Register zieht. Die Antike ersteht, verfallene Schatzkammern derer aus Athen, aus Sparta, aus Korinth und Kreta richten sich auf, das Heiligtum des Apoll wächst mit mächtigen Säulen in den Himmel, die Pythia orakelt, und die Heilige Quelle sprudelt langsam das kostbare Nass, in dem stets ein ewiger Chor amerikanischer Studenten die Füsse badet. Der Parnass peitscht seine Hügelketten senkrecht in die Tiefe, sein Leib schimmert bläulich-grün, gleich Blitzen fahren Felsenspalten zu Tal, und Adler kreisen über diesem Gottesflecken, den die Alten raffiniert konstruierten und den Göttern weihten.

Alle drei Jahre spielen sie in Delphi Theater. Ganz dilettantenhaft, in wallenden Gewändern und im Chore begleitet von Harfen und klagenden Fiedeln. Sie wählen sich Programme, die vor tausend und nochmals tausend Jahren am Fusse der Akropolis, im Theater des Dionysos und des Herodes Attikus und selbst in Delphi gespielt wurden, und die sich ausnahmslos um Aeschylos scharen. Der "Prometheus" erlebte bereits 1927 in Delphi seine Wiedergeburt und begeisterte auch diesmal wieder die Ladys und Gentlemans, die mit dollargespickten Geldkatzten den little Tripp über den Ozean gewagt hatten, um im Antiken Theater ausgerechnet Zigaretten zu rauchen und die Beine akrobatenhaft übereinanderzuschlagen. Die "Schutzflehenden" von dem gleichen Meister, jedoch wurden erst im Mai dieses Jahr nach jahrtausendelangem Schläfe aus der Rumpelkammer geholt, fein säuberlich abgestaubt und zugefeilt, mit Musik durchsetzt und in Originalkostümen der Moderne vorgesetzt. Die genaue Auseinanderhaltung der Einzelszenen des "Prometheus" tritt bei den "Schutzflehenden" längst nicht in diesem Umfange in Erscheinung: eine Tragödie, in der ausschliesslich die Frage behandelt wird, ob die Stadt Argos mit Aegypten in einen Krieg verwickelt wird, wenn sie fünfzig Danaos-Töchtern, die unter Berufung auf das höchste göttliche Gesetz der Gastfreundschaft an die Tore der Stadt klopfen, Aufnahme gewährt. Unbedingt ein Problem von höchsten moralischen Werten, aber dennoch eine Materie, die bei einer stundenlangen Behandlung zu stark ermüdet. Dabei ist in den "Schutzflehenden" der Chor in vorderster Linie führen. Die geistige Ermüdung des Buches wurde durch Regie und Ausarbeitung der Schöpfer der Delphischen Spiele und der Delphischen Organisation, des Dichterpaares Sikelianos, besiegt, und zwei Stunden in der Abwicklung des Dramas brachten eine ungeahnte Fülle dramatischen Reichtums.

Ursprünglicher Zweck der Delphischen Spiele und der hiermit verbundenen Delphischen Organisation ist die Aufführung der beiden Dramen von Aeschylos und das Starten von gymnastischen Wettkämpfen nach den alten Regeln des Griechenvolkes in drei Zyklen von je drei Tagen, die alle drei Jahre wiederkehren. Doch von höherer Warte aus betrachtet wird zweifellos der Zweck erreicht, den Menschen herauszureissen aus dem Mechanismus des kulturübersättigten Alltags, ihm an geweihter Stätte den wahren Zweck des Lebens zu zeigen: die unendliche Liebe, die sich von Delphi bis nach Golgatha webt und spinnt, Liebe zum Nächsten, Liebe unter den Völkern, Liebe in der Welt. Die neu ins Leben gerufene "Delphische Universität" wird diese Aufgabe systematisieren und in den Ruinen der Wiege unsres Geisteslebens Jünger aus aller Welt versammeln, die diese Doktrin der Liebe herausragen sollen über Länder und Grenzen, über Ozeane und Sprachgemeinden.

Die in Delphi Theater spielten, hatten eine andächtige Gemeinde: elfhundert

Menschen aus ungezählten Staaten, die teilweise mit besonderen Schiffen gekommen und in Ithea an Land gegangen waren. Die Mehrzahl rekrutierte sich - der Dollar ist mächtig! - aus Amerikanern, doch auch die deutsche Zunge war anerkennungswürdig stark vertreten. Denn wer kennt nicht die Sehnsucht eines jeden Humanisten, einmal den Fuß zu setzen auf den heiligen Boden, der von der Sexta an noch dem Greise in dankbarer Erinnerung steht!

---

Smutje, der Schiffskoch.<sup>x</sup>

---

SPD. Jedes Segelschiff hat drei Pole, um die sich das Leben, das Wohl und Wehe an Bord dreht. Das sind der Alte - das heisst: der Kapitän! - dann der Steuermann, und der wichtigste Pol ist Smutje, der Koch. Ist Smutje guter Laune, dann lacht das ganze Schiff, und die Matrosen singen und spielen Ziehharmonika in ihrer Freiwache vorn auf den Planken oder im Logis in der Back. Nur flöten tun sie nicht, denn dann kommt die Brise, der Sturm; denn abergläubisch ist der Seemann nun einmal.

Aber wehe, wehe, wenn Smutje schlechter Laune ist! Dann kommen mittags angebrannte Klüten -scheelen Wind, wie der Seemann sagt - auf die Back. Dann knurrt der Alte an Deck herum, dann fluchen die Matrosen, und dann schweigen Gesang und Handharmonika.

Und Smutje bekommt leicht schlechte Laune und Aerger, besonders, wenn draussen eine hohe See steht und die Wellen über Bord gehen.

Mit hellen, steifen Segeln war die "Ingeborg" von Kiel losgefahren, hatte Falster, Møen und Gotland hinter sich gelassen und lag nun hart am Wind und steuerte Oeland-Süd hart an. Smutje sass friedlich in der Kombüse und schälte Kartoffeln. Heute hatte der Alte Geburtstag; da sollte es ganz etwas Feines geben: Erbsen und Karotten; das isst der Alte gern, denkt Smutje. "Olle nische Eck hier um Oeland-Süd. Hier habe ich schon manchen Tag gekreuzt in Schnee und Nebel. Diesmal scheint's ja gut zu gehen". Dann nimmt er seine Kartoffeln, setzt Wasser auf, schiebt das Feuer zurecht und schneidet den Speck. Da kommen auch schon die ersten Spritzer angeschlagen. Smutje lässt sich nicht stören, macht die Tür im Luv zu und kocht lustig weiter. Zwei Stunden sind es noch bis Mittag. Was geht alles klar. Im Geiste hört er schon die Wache aus-singen: "An de Back, her de Back, klar de Back! Gibt Erbsen und Karotten".

Nun stampft die "Ingeborg" schon mehr. Der Wind wird stärker, und der Kessel rutscht auf dem Herde hin und her. Halt; beinahe wäre er eben vom Feuer gefallen. Smutje hat die Aermel aufgekrempelt. Mit der einen Hand hält er den Topf mit Erbsen, mit der anderen den mit Kartoffeln. Der Wind drückt auf den Schornstein, und der Rauch beisst Smutje in die Augen. Immer mehr Seen schlagen gegen die Tür. Smutje hält tapfer aus, tränenden Auges. Klapp - brrr - rutscht die Pfanne vom Herd, und das heisse Fett kommt Smutje über die Füße gelaufen und steht zentimeterhoch in seinen Holzschuhen. Da wird Smutje aber wild, reißt die Tür auf und läuft in Strümpfen zum Alten. So, nun solle er man Essen kochen; Smutje könne bei der See kein Essen klarbekommen. Der Alte hat Mühe, ihn zu beruhigen. Er solle doch die Töpfe festbinden, und wenn das Essen etwas später fertig ist, dann wäre es auch nicht so schlimm. Er sei doch ein guter Koch und immer pünktlich gewesen.

Smutje geht brummend wieder in die Kombüse. Gott sei Dank, die Kessel stehen noch auf dem Herd und sind nur etwas verschoben. Smutje kneift die Augen zu, flucht vor sich hin und versucht, den neuen Speck zu schneiden. Aber soweit kommt er nicht mehr. Er wird zur Seite geschleudert. Eine mächtige See kommt herangebraust, zwängt sich durch die Tür, drückt Smutje gegen die Wand, zischt gegen den Herd und rauscht auf der anderen Seite wieder hinaus mit dem ganzen Geburtstagsessen, mit Pfannen und Töpfen, Messern und Gabeln, Tassen und

Tellern.

Smutje erhebt sich stöhnend; die Knochen tun ihm weh. Ein Glück, denkt er, dass ich nicht auch noch über Bord gespült bin! Verfluchten Kram nochmal, mein schönes Geschirr, mein schönes Essen!

Dann gab es fünf Tage lang nur steinhartes Brot und etwas Käse zum Mittagessen. Der Alte knurrte an Deck herum, der Steuermann fluchte auf die Matrosen und diese wieder auf den Steuermann, wenn er es nicht hörte. Nichts war dem Alte recht zu machen. Die Backschaft musste tagelang Rost klopfen und noch einmal Rost klopfen. Das ganze Schiff knurrte; wie gesagt Smutje hatte Aegerger. - -

Heino Küster.

---

### Fricks Abschied.

---

Nazi: Will sich Frick von Weimar etwa wenden,  
Wo doch eben noch aus deinen Händen  
Dargereicht uns ward das Schulgebet?  
Wer soll künftig unsre Kleinen lehren,  
Juden hassen und das Reich zerstören,  
Wenn der Rechtskurs in die Brüche geht?

Frick: Lieber Nazi, halte deine Tränen!  
Nach dem Ortlepp steht mein feurig' Sehnen,  
Den die Volkspartei nicht haben will.  
Kämpfend dafür, meine Spiessgesellen  
Einzuschmuggeln in Beamtenstellen,  
Falle ich für ein erlauchtes Ziel.

Nazi: Nimmer lausch' ich der Minister Reden.  
Schluss wird sein mit den Berliner Fehden.  
Oede Stille zieht in Weimar ein.  
Was wird aus den Rassenprofessoren?  
Haben sie die Protektion verloren,  
Werden ein geplatzter Frosch sie sein.

Frick: All mein Denken über das Regieren  
Darf ich jetzt nur darauf konzentrieren,  
Dass es an Pension mir nicht gebricht.  
Bin ich erst mal Pensionär des Staates,  
Wünsche ich erst recht ihn in den Hades.  
Frickens Hetze stirbt auch später nicht!!

Jodok.

---

SPD. Ein neues meteorologisches Institut. In Frankfurt a.M. ist mit Unterstützung des Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft ein neues meteorologisches Forschungsinstitut gegründet worden. Zum Leiter wurde Dr. Franz Baur bestimmt. Das Institut soll besonders der langfristigen Wettervorhersage dienen.

---

# Deutscher Reichstag

166. Sitzung vom 17. Mai 1930.

SPD. Ohne Aussprache wird zunächst dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss ein kommunistischer Antrag überwiesen, der die Aufhebung des von der Bayerischen Regierung erlassenen Anbauverbots der Hybridenrebe für den pfälzischen Weinbau verlangt. Dann wird die allgemeine Aussprache über den Justiz-Etat fortgesetzt.

Abg. Dingeldey (D.Vp.) führt aus, die Ablehnung der kleinen Justizreform sei gerade deswegen erfolgt, weil alle Parteien die grosse Justizreform beschleunigen wollten. Das Kernstück dieses Werkes müsse die organische Reform der Gerichtsverfassung sein. Die immer wiederholte Kritik der politischen Linken an der Rechtsprechung des Reichsgerichts beruhe auf weltanschaulichen Gegensätzen. Wenn der sozialdemokratische Redner dem Reichsgericht ganz allgemeine Rechtsbeugung vorgeworfen habe, so müsste gegen eine solche Kritik in der allerschärfsten Form Einspruch erhoben werden. Mit derartigen Vorwürfen werde vor allem dem jetzigen Reichsgerichtspräsidenten und seinem Amtsvorgänger bitter Unrecht getan. Die sensationellen Presseberichte seien die Ursache vieler leichtfertiger und ungerechter Kritik an der Rechtsprechung unserer Gerichte. Das habe sich deutlich im Fall Jakubowski gezeigt. Eine Amnestie, die die Wiederauflösung der Fememordprozesse unmöglich mache, wird die wärmste Unterstützung der Volkspartei finden.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem) wünscht eine Prüfung der Frage, ob das Zuständigkeitsgebiet der sogenannten Rechtsvertreter erweitert werden kann: Bei der gesetzlichen Regelung der Ablösung von Aufwertungshypotheken darf die Frage einer Änderung der Aufwertungsgesetzgebung nicht wieder aufgerollt werden. Mit der Amnestiefrage wird sich der Ausschuss beschäftigen. Wir müssen aber verlangen, dass eine solche Amnestie ohne Unterschied der Parteien angewendet werden muss. Die alte Forderung der Ehescheidungsreform muss endlich erfüllt werden. Nach der eingehenden Aussprache im Rechtsausschuss muss jetzt das Plenum möglichst bald zu einer Entscheidung kommen so oder so. Wir verlangen darüber hinaus eine Reform des Familienrechts mit dem Ziel, dass die in der Verfassung verkündete Gleichberechtigung der beiden Geschlechter auch praktisch zur Anerkennung kommt und dass unser Recht der Entwicklung Rechnung trägt, die die wirtschaftliche Stellung der Frau genommen hat. Dabei muss auch eine angemessene Bewertung der hausfraulichen Tätigkeit eintreten. Dringend notwendig ist eine Verbesserung der Rechtsstellung der deutschen Frauen, die Ausländer geheiratet haben. Den brutalen Kindermisshandlungen muss mit viel schärferen Strafen entgegengetreten werden.

Abg. Colosser (Wirtschaftsp.) wünscht eine Vereinfachung der Rechtspflege. Die Mieteinigungsämter könnten verschwinden. Bei den Arbeitsgerichten sollten Rechtsanwälte zugelassen werden. In wirtschaftlichen Prozessen muss das Verfahren beschleunigt werden. Jetzt hat der böswillige Schuldner die Möglichkeit jahrelang zu verschleppen. Er verschiebt inzwischen seine Vermögenswerte und der Lieferant hat das Nachsehen. Eine Vertrauenskrise gegenüber dem Richterstand ist gerade bei den Hausbesitzern vorhanden. Sie werden von den Gerichten meist als die wirtschaftlich Stärkeren behandelt, obwohl sie das in den seltensten Fällen sind. In der Amnestiefrage billigen wir die Erklärung des Ministers. Die Fememörder dürfen nicht anders behandelt werden als andere, die sich gegen Leib und Leben vergangen haben. Mit der Räumungs-Amnestie muss aber der Abschluss gemacht werden mit dem Begnadigungs-Fimmel. Die unberechtigte Kritik an der Justiz wird künstlich genährt, dass eine gewisse Sorte von Journalisten sich das Recht anmasst, schon beim Beginn eines Prozesses das Urteil zu sprechen und die Richter angreift, wenn sie sich dieser

Urteil nicht anschliessen. Der wirklich ernste und gewissenhafte Teil des ehrenwerten Berufsstandes der Journalisten will mit diesen Leuten nichts gemein haben. Die ungerechte Kritik des Abg. Rosenfeld am Reichsgericht weisen wir zurück.

Abg. Best (Volksrechtpt.) beschäftigt sich mit der Fälligkeit der Aufwertungshypotheken. Er verlangt eine Regelung der Zinssätze unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Gläubiger.

Reichsjustizminister Dr. Bredt

antwortet auf die Frage der Abg. Frau Dr. Lüders, es seien im Deutschen Reich zurzeit 74 Frauen im richterlichen Dienst verwendet. Im Patentamt seien die pensionierten Kanzleibeamten durch weibliche Kräfte ersetzt worden. Die Zulassung der Rechtsanwälte bei den Arbeitsgerichten werde vom Reichsjustizministerium seit Jahren gefordert. Wir müssen zweifellos zu einer Vereinheitlichung der Rechtspflege kommen und damit auch zur Freizügigkeit der Rechtsanwälte. Die Einführung der Reichsangehörigkeit wird kommen müssen. Der alte Begriff der Einzelstaatsangehörigkeit ist vollkommen überholt durch die neue Reichsverfassung, die jedem Reichsangehörigen in allen Ländern des Reiches die gleichen Rechte gibt.

Abg. Dr. Schetter (Ztr): Das Zentrum steht seit jeher allgemeinen Amnestien grundsätzlich ablehnend gegenüber. Wenn wir trotzdem in der Vergangenheit solchen Amnestien zugestimmt haben, so waren dafür immer besondere Gründe bestimmend. Wenn wir jetzt aus Anlass der Rheinlandräumung gezwungen sind, die Leute zu amnestieren, die sich gegen das Reich vergangen haben, so muss die Frage geprüft werden, ob wir bei dieser Gelegenheit nicht einen Schlussstrich ziehen sollten unter die Gesamtheit der Unruhekomplexe, die mit der Besetzung zusammenhängen. Diese Amnestie muss sich aber eng anschliessen an die Besetzungsnot und ihre Auswüchse nach Zeit, Ort und Straftat. Ein grosser Teil der Fehetaten würde unter diese Amnestie fallen, aber wir können uns nicht der Meinung des Ministers anschliessen, dass nun sämtliche Fememorde im ganzen Reiche amnestiert werden müssten und dass sonst die Räumungsamnestie keinen Wert hätte. Im Ausschuss werden wir auf diese Frage näher eingehen müssen.

Um 1 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 3 Uhr: Wehr-Etat.

-----